

Die Steuerinitiative der SP ist unnötig

Die Solidarität und der faire Wettbewerb zwischen den Kantonen sind mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) gegeben. Degressive Steuern hat das Bundesgericht mit dem Obwalden-Urteil bereits verboten.

Unnötig, weil bereits der NFA für Fairplay sorgt

Der Steuerwettbewerb verläuft schon heute innerhalb klar definierter Leitplanken. Mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA), dem das Volk im Jahr 2004 zugestimmt hat, werden die unterschiedlichen Finanzverhältnisse zwischen den Kantonen ausgeglichen.

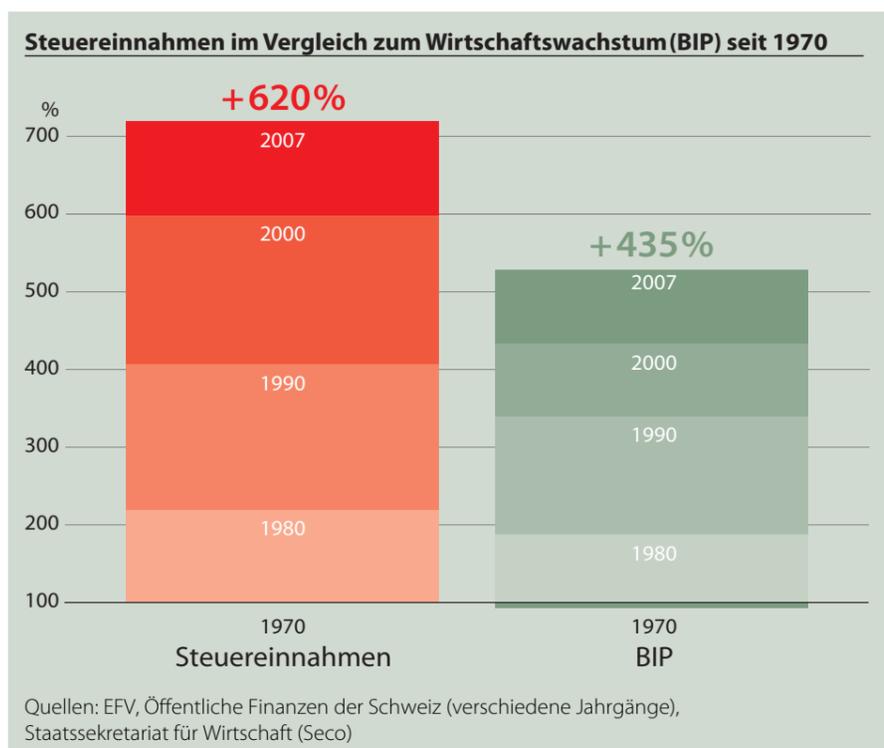
Finanzstarke Kantone leisten einen Beitrag zugunsten der finanzschwachen Kantone mit weniger guten Ausgangsbedingungen. Berücksichtigt werden auch die Sonderlasten der Bergkantone und Agglomerationen. Dieser Ausgleichsmechanismus stellt den interkantonalen Steuerwettbewerb auf eine faire Basis.

Unnötig, weil degressive Steuern verboten sind

Das Bundesgericht hat degressive Steuern verboten. Damit ist das Hauptanliegen der Initiative schon heute erfüllt. Die SP-Steuerinitiative ist daher überflüssig.

Unnötig, weil es keinen ruinösen Steuerwettbewerb gibt

Die Behauptung der SP, der Steuerwettbewerb sei «ruinös», hat die Wissenschaft mehrfach widerlegt. Ein Blick auf die Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt: Der Steuerwettbewerb hat zu keinem Einbruch der Steuereinnahmen geführt. Wie



Die Grafik oben zeigt, ist sogar das Gegenteil der Fall: Der Steuerwettbewerb wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus und führt dank den positiven Wachstumsimpulsen sogar zu mehr Steuereinnahmen.

Die Grafik oben zeigt, ist sogar das Gegenteil der Fall: Der Steuerwettbewerb wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus und führt dank den positiven Wachstumsimpulsen sogar zu mehr Steuereinnahmen.

Fünf gute Gründe, die SP-Initiative abzulehnen

► **Schadet den Kantonen und Gemeinden:** Weil sie in ihrer Finanz- und Steuerautonomie eingeschränkt werden.

► **Schwächt den Mittelstand:** Weil die Initiative den funktionierende Steuerwettbewerb, der in den letzten Jahren Mittelstand und Familien in vielen Kantonen spürbar entlastet hat, einschränkt.

► **Schadet dem Wirtschaftswachstum und den Arbeitsplätzen:** Weil vom

heutigen Steuerwettbewerb positive Wachstumsimpulse ausgehen. Diese Effekte würden mit der Initiative eingedämmt.

► **Fördert den verschwenderischen Umgang mit Steuergeldern:** Weil die SP-Steuerinitiative den Wettbewerb eingeschränkt, wodurch der Staat und die Politiker den Anreiz verlieren, sorgfältig mit seinen Steuereinnahmen umzugehen. Sparsame Kantone werden bestraft.

► **Schwächt die direkte Demokratie:** Weil die Initiative den Bürgerinnen und Bürger die Kompetenz wegnimmt, eigenständig über die Höhe der Steuern, beziehungsweise über das öffentliche Angebot zu entscheiden.

Darum: **Nein zur SP-Steuerinitiative**

Weitere Informationen:

Kurz-Argumentarium

Abstimmung vom 28. November 2010



NEIN zur SP-Steuerinitiative

Schädigt die Kantone

- Die SP-Gleichmacherei bedroht den erfolgreichen Schweizer Föderalismus
- Kantone und Gemeinden verlieren ihre Autonomie und werden vom Bund bevormundet
- Die Bürgerinnen und Bürger können die Höhe ihrer Steuern nicht mehr frei bestimmen.

Erhöht die Steuern für alle

- Sie führt in 16 Kantonen zu zwingenden Steuererhöhungen
- Betroffen sind alle Steuerpflichtigen. Sogar die SP spricht von «Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen»
- Die Initiative führt zu einem verschwenderischen Staat

Schwächt den Standort Schweiz

- Der Wohlstand und die Arbeitsplätze in unserem Land sind gefährdet
- Unnötige Steuererhöhungen verschlechtern die Standortattraktivität der Schweiz
- Der zögerliche Wirtschaftsaufschwung wird abgewürgt

SP-Steuerinitiative schädigt die Kantone

Heute können die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Kanton und in ihrer Gemeinde die Höhe ihrer Steuern selber festlegen. Die Linken wollen damit Schluss machen. Sie wollen den Kantonen und Gemeinden die Steuerhöhe festschreiben.

Die SP-Steuerinitiative ist ein Angriff auf die Kantone und Gemeinden. Allen Kantonen und Gemeinden würde von Bern eine schweizweit einheitliche Mindeststeuer vorgeschrieben, mit negativen Folgen:

- ▶ **Kantone und Gemeinden verlieren ihre Freiheit:** Sie könnten in Zukunft ihre Steuern nicht mehr frei festlegen. Der Bund schreibt die Mindesthöhe fest. Die Eigenständigkeit der Kantone, Gemeinden und Bürger wird beschnitten.
- ▶ **Die SP-Gleichmacherei höhlt den Schweizer Föderalismus aus.** Ein Grundpfeiler der erfolgreichen Schweiz wird aufs Spiel gesetzt.

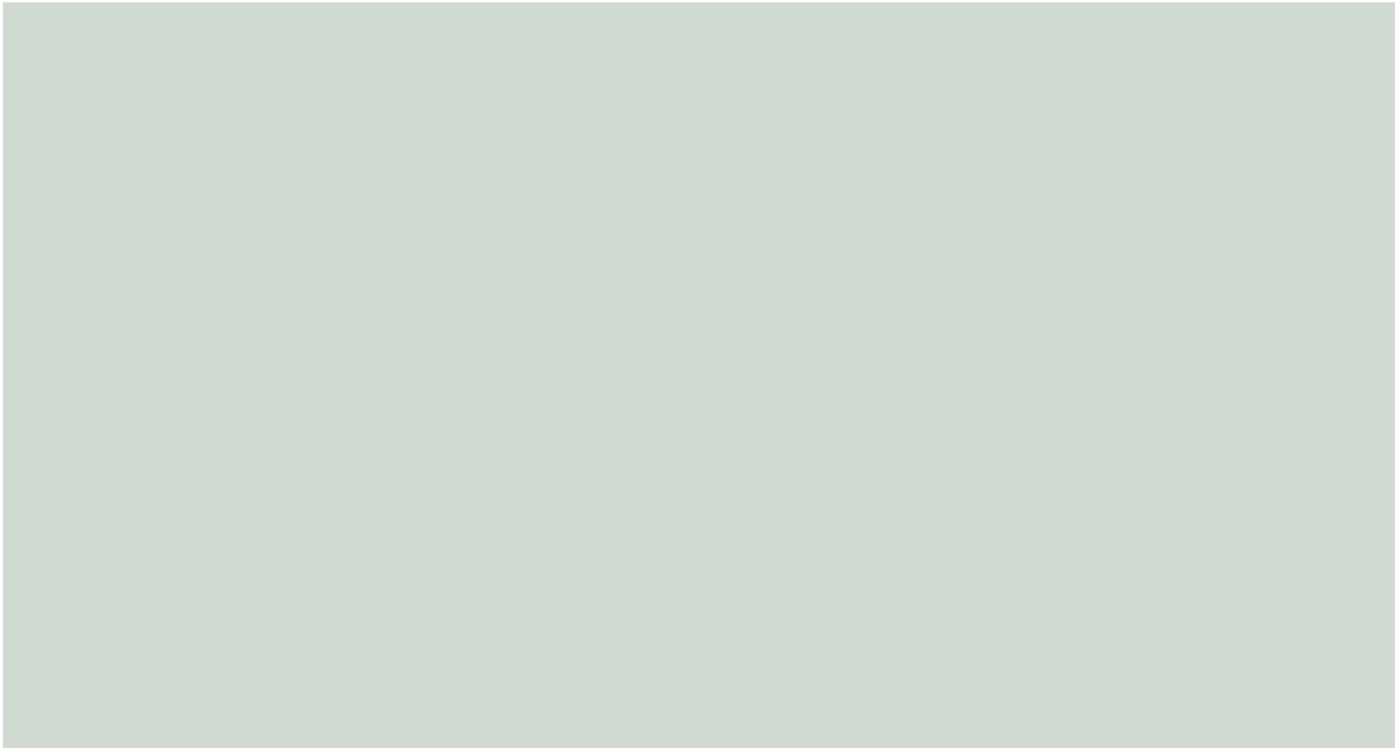
- ▶ **Initiative zwingt die Kantone zu Steuererhöhungen.** In 16 Kantonen müssen die Steuern ohne Bedarf erhöht werden. Die Steuerzahler würden unnötig noch mehr zur Kasse gebeten.

- ▶ **Schädliche Vorschriften für die Kantone:** 26 Kantonen wird verboten, ihre Steuern unter den von Bern festgelegten Steuersatz zu senken. Auch bei der Festlegung der steuerlichen Abzüge werden die Kantone eingeschränkt.

- ▶ **Initiative schadet den Kantonen.** Die Kantone verlieren ein wichtiges Instrument, um attraktive Rahmenbedingungen

gen für die Wohnbevölkerung und die Wirtschaft zu schaffen. Vor allem für kleine Kantone ist die Steuerautonomie zentral, um mithalten zu können.

- ▶ **Kantone verlieren ihre Haushaltsdisziplin.** Wenn die Kantone nicht mehr selbst für ihren Finanzhaushalt verantwortlich sind und die Bürger die Politiker nicht mehr kontrollieren können, wird die Haushaltsdisziplin untergraben.



Das verlangt die SP-Steuerinitiative:

- ▶ **Bundesbern diktiert Steuersätze:** Die Bundesverfassung macht den Kantonen und Gemeinden Mindestvorgaben zu den Steuertarifen und Steuersätzen von natürlichen Personen.
- ▶ **Schweizweit einheitlicher Mindeststeuersatz:** Grenzsteuersatz für steuerbare Einkommen ab 250'000 Franken liegt bei mindestens 22 %; Grenzsteuersatz für steuerbare Vermögen über 2 Millionen Franken liegt bei mindestens 5 %.
- ▶ **Verbot von degressiven Steuern:** Dieser Teil der Initiative ist bereits überholt. Das Bundesgericht hat degressive Steuern (sinkende Steuersätze bei steigendem Einkommen) verboten.

Höhere Steuern für alle

Die SP-Steuerinitiative ist ein Steuererhöhungsprogramm. Höhere Tarife für alle belasten auch mittlere und tiefere Einkommen. XXXXXXXX
XXXXXXXXXXXXX (aus optischen Gründen noch eine Zeile mehr).

Würde die Initiative angenommen, müssten viele Kantone die Steuern zwingend erhöhen, obwohl es keinen Bedarf gibt. Die Initiative trifft alle Steuerzahlenden negativ:

- ▶ Die Initiative verschlechtert das Steuerumfeld in der Schweiz. Wandern Firmen und gut Verdienende ab, entstehen Steuerausfälle. Am Schluss muss der Mittelstand für die Lächer in der Staatskasse aufkommen.
- ▶ Die Einschränkung des Steuerwettbewerbs hebt wichtige Schranken gegen steigende Steuern und eine Ausweitung der Staatstätigkeit auf. Der Effizienzdruck nimmt ab, die Erosion der Haushaltsdiszi-

plin bekommen mittelfristig alle Steuerpflichtigen zu spüren.

- ▶ Die zwingenden Steuererhöhungen für höhere Einkommen führen zu Tarifsprüngen in der Grenzsteuerbelastung. Um solche Sprünge zu vermeiden, müssen die Steuersätze auch für mittlere und tiefere Einkommen erhöht werden (Grafik 2).

Die SP sagt selbst: «Je tiefer das allgemeine steuerliche Niveau in einem Kanton heute ist, desto mehr ziehen sich die Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen.» (Argumentarium der SP Schweiz für ihre Steuergerechtigkeitsinitiative, Seite 5.)

Schwächt den Standort Schweiz

Dank dem funktionierenden Steuerwettbewerb ist die Schweiz heute attraktiv. Die SP-Steuerinitiative durchkreuzt die erfolgreiche Strategie der Schweiz und gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze

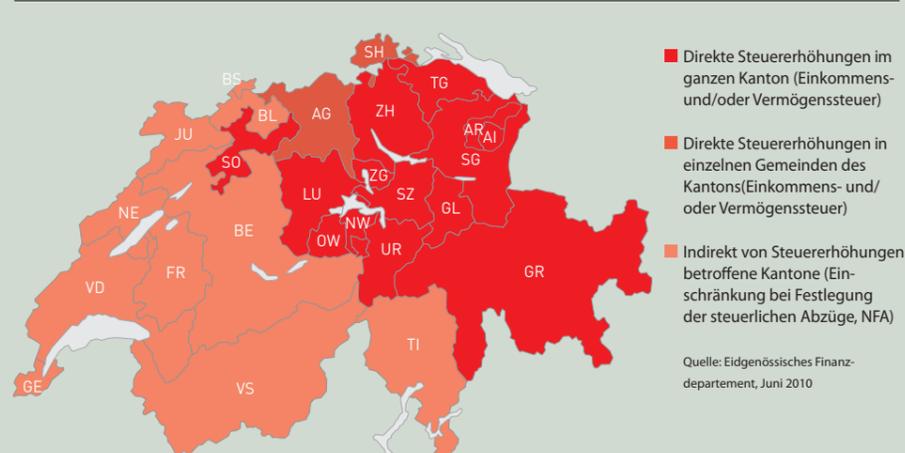
Der Wohlstand in unserem Land und der Erfolg unserer Wirtschaft in der globalisierten Welt hängen wesentlich vom attraktiven Steuerumfeld in der Schweiz ab. Die SP-Steuerinitiative schwächt den Standort Schweiz.

- ▶ Unüberlegte Steuererhöhungen verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Firmen.
- ▶ Neue Firmenansiedlungen und die Entstehung neuer Arbeitsplätze werden be-

hindert. Es ist erwiesen, dass Firmen bei ihrer Suche nach einem geeigneten Standort auch auf die Höhe der Einkommenssteuern ihrer Mitarbeitenden achten. Und genau hier will die SP-Steuerinitiative die Steuern erhöhen.

Die Initiative verschlechtert die Position der Schweiz im weltweiten Standortwettbewerb. Dadurch werden Arbeitsplätze und Wohlstand gefährdet.

Von der SP-Initiative betroffene Kantone



Mögliche Tarifanpassung nach Annahme der SP-Steuerinitiative

- 1 Situation heute: Kantone und Gemeinden dürfen ihre Steuersätze frei festlegen. Im Beispiel unten bezahlt eine Person mit 250'000 Franken steuerbarem Einkommen knapp 20 Prozent Steuern.
- 2 Das will die SP: In der ganzen Schweiz soll der Grundsatz gelten, dass Einkommen ab 250'000 Franken mit mindestens 22 Prozent besteuert werden. Liegt der aktuelle Steuersatz im Moment tiefer, muss er erhöht werden.
- 3 Die Konsequenz: Zwischen dem aktuellen Grenzsteuersatz und dem SP-Mindestsatz entsteht ein Tarifsprung. Um diesen aufzuheben, müssten die Steuern auch für mittlere und tiefere Einkommen erhöht werden.

